

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	<b>19.04.2024</b>
Thema	<b>Keine Einschränkung</b>
Schlagworte	<b>Epidemien, Berufliche Vorsorge</b>
Akteure	<b>Keine Einschränkung</b>
Prozesstypen	<b>Studien / Statistiken</b>
Datum	<b>01.01.1965 - 01.01.2022</b>

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Beiträge von

Benteli, Marianne  
Caroni, Flavia  
Flückiger, Bernadette  
Heidelberger, Anja  
Meyer, Luzius  
Schnyder, Sébastien

## Bevorzugte Zitierweise

Benteli, Marianne; Caroni, Flavia; Flückiger, Bernadette; Heidelberger, Anja; Meyer, Luzius; Schnyder, Sébastien 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Epidemien, Berufliche Vorsorge, Studien / Statistiken, 1989 – 2020*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern.  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 19.04.2024.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Allgemeine Chronik</b>	1
<b>Infrastruktur und Lebensraum</b>	1
Umweltschutz	1
Klimapolitik	1
<b>Sozialpolitik</b>	1
Gesundheit, Sozialhilfe, Sport	1
Medikamente	1
Epidemien	1
Sozialversicherungen	4
Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)	6
Berufliche Vorsorge	7
Arbeitslosenversicherung (ALV)	11

## Abkürzungsverzeichnis

<b>EJPD</b>	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
<b>AHV</b>	Alters- und Hinterlassenenversicherung
<b>BAFU</b>	Bundesamt für Umwelt
<b>BSV</b>	Bundesamt für Sozialversicherungen
<b>EFK</b>	Eidgenössische Finanzkontrolle
<b>BFS</b>	Bundesamt für Statistik
<b>OECD</b>	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
<b>BAG</b>	Bundesamt für Gesundheit
<b>ALV</b>	Arbeitslosenversicherung
<b>EU</b>	Europäische Union
<b>IV</b>	Invalidenversicherung
<b>EDI</b>	Eidgenössisches Departement des Inneren
<b>WHO</b>	World Health Organization
<b>BIP</b>	Bruttoinlandsprodukt
<b>NFP</b>	Nationales Forschungsprogramm
<b>EO</b>	Erwerbsersatzordnung
<b>AIDS</b>	Acquired Immune Deficiency Syndrome
<b>HIV</b>	Humanes Immundefizienz-Virus
<b>BVG</b>	Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge
<b>VPOD</b>	Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste
<b>OAK BV</b>	Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge
<b>AHS</b>	Aids-Hilfe Schweiz
<b>SRK</b>	Schweizerisches Rotes Kreuz
<b>NRS</b>	Neurentenstatistik
<b>GRSV</b>	Gesamtrechnung der Sozialversicherungen
<b>SIF</b>	Staatssekretariat für internationale Finanzfragen
<b>GfK</b>	Marktforschungsunternehmen „Growth from Knowledge“
<b>KAE</b>	Kurzarbeitsentschädigung

---

<b>DFJP</b>	Département fédéral de justice et police
<b>AVS</b>	Assurance-vieillesse et survivants
<b>OFEV</b>	Office fédéral de l'environnement
<b>OFAS</b>	Office fédéral des assurances sociales
<b>CDF</b>	Contrôle fédéral des finances
<b>OFS</b>	Office fédéral de la statistique
<b>OCDE</b>	Organisation de coopération et de développement économiques
<b>OFSP</b>	Office fédéral de la santé publique
<b>AC</b>	assurance-chômage
<b>UE</b>	Union européenne
<b>AI</b>	Assurance-invalidité
<b>DFI</b>	Département fédéral de l'intérieur
<b>OMS</b>	Organisation mondiale de la Santé
<b>PIB</b>	Produit intérieur brut
<b>PNR</b>	Programme national de recherche
<b>APG</b>	allocations pour perte de gain
<b>SIDA</b>	Syndrome de l'immunodéficience acquise
<b>VIH</b>	Virus de l'immunodéficience humaine
<b>LPP</b>	Loi fédérale sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité
<b>SSP</b>	syndicats des Services publics
<b>CHS PP</b>	Commission de haute surveillance de la prévoyance professionnelle
<b>ASS</b>	Aide Suisse contre le Sida
<b>CRS</b>	Croix-Rouge suisse
<b>NRS</b>	Statistique des nouvelles rentes
<b>CGAS</b>	Compte global des assurances sociales
<b>SFI</b>	Secrétariat d'Etat aux questions financières internationales
<b>GfK</b>	Institut d'étude de marché „Growth from Knowledge“

**RHT**

Indemnité en cas de réduction de l'horaire de travail

# Allgemeine Chronik

## Infrastruktur und Lebensraum

### Umweltschutz

#### Klimapolitik

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 09.11.2020  
BERNADETTE FLÜCKIGER

Auf Initiative des BAFU und des SIF liessen sich im Jahr 2020 insgesamt **179 Finanzinstitute freiwillig auf ihre Klimaverträglichkeit hin prüfen**. Während bei einer ersten solchen Studie im Jahr 2017 nur Pensionskassen und Versicherungen partizipiert hatten, konnte das BAFU im Januar 2021 auch Resultate von Banken und Vermögensverwaltungen präsentieren. Die Studie hält fest, dass seit 2017 vieles in Bewegung gekommen ist, aber noch immer zu viele Finanzinstitute in Erdöl- und Kohleförderung investierten. So würden heute immer noch vier mal mehr finanzielle Mittel in Firmen angelegt, die Strom aus fossilen Quellen gewinnen, als in Firmen, die erneuerbaren Strom produzieren. Nachholbedarf sieht die Studie auch im Bereich der Beratung der Kundinnen und Kunden, da die Finanzinstitute noch zu wenig oft von sich aus auf nachhaltige Portfolios aufmerksam machen. Schliesslich weist der Bericht auch darauf hin, dass im Gebäudebereich ein grosses Potential für Emissionsverminderungen besteht. Bislang hätten jedoch bloss die Pensionskassen in grösserem Ausmass angekündigt, die Heizungssysteme ihrer Immobilien von fossilen auf erneuerbare Quellen umzurüsten.<sup>1</sup>

## Sozialpolitik

### Gesundheit, Sozialhilfe, Sport

#### Medikamente

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 02.02.2010  
LUZIUS MEYER

Mit 591 Fällen lag die Zahl der gemeldeten **HIV-Diagnosen** im Jahr 2009 über einen Fünftel unter derjenigen des Vorjahres. Dies war der tiefste Wert seit fast 10 Jahren. Bei homosexuellen Männern war der Rückgang laut dem Bundesamt für Gesundheit am stärksten. Den Höchststand an Ansteckungen hatte das BAG 2002 mit 794 Diagnosen vermeldet. Für den Rückgang konnte das BAG keine schlüssige Erklärung abgeben. In Bezug auf das Risiko- oder Schutzverhalten seien in der Bevölkerung keine grösseren Änderungen festgestellt worden.<sup>2</sup>

#### Epidemien

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 30.01.1990  
MARIANNE BENTELI

Es gibt erste Anzeichen dafür, dass die Schätzungen für die weitere Verbreitung von **AIDS** zu hoch waren: Im Berichtsjahr wurden **459 neue Krankheitsfälle** registriert – 850 waren projiziert worden. Das Bundesamt für Gesundheitswesen (BAG) warnte aber, diese scheinbare Abflachung der Kurve dürfe nicht zu euphorischer Stimmung oder einem Nachlassen der Präventionsbemühungen verleiten, da allenfalls auch ein Meldeverzug oder fehlende Meldungen zu dieser Diskrepanz zwischen erwarteten und erfassten Fällen geführt haben könnten.<sup>3</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 23.01.1991  
MARIANNE BENTELI

Von den rund 3500 Frauen und Männern, die durchschnittlich die Schweizer **Strafanstalten** belegen, sind zwischen 10 Prozent und 15 Prozent HIV-positiv. Wie aus einer **Studie** des BAG hervorging, sind die Strafgefangenen aber über **AIDS** nur ungenügend informiert. Das BAG rügte, dem Ansteckungsrisiko über gebrauchte Spritzen, die in Haftanstalten erwiesenermassen zirkulierten, werde zu wenig Rechnung getragen und die Häftlinge würden kaum zum Thema «safer sex» aufgeklärt.<sup>4</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 07.05.1991  
MARIANNE BENTELI

Die **Stop-AIDS-Kampagnen des BAG** zeigen Wirkung: Der Gebrauch von Präservativen ist seit 1987 sprunghaft angestiegen; zudem verzichten offenbar immer mehr Jugendliche auf häufigen Partnerwechsel. Zu diesem Schluss kam der **dritte Evaluationsbericht** über die Wirksamkeit der getroffenen Massnahmen. Mit Genugtuung vermerkte der Bericht zudem, dass die wichtigsten Übertragungswege des HI-Virus (Sexualkontakte und Spritzentausch) in der ganzen Bevölkerung gut bekannt sind. Was

die Drogenabhängigen betrifft, so scheinen sie von der gefährlichen Mehrfachverwendung gebrauchter Spritzen abzusehen, sofern entsprechendes sauberes Material zugänglich ist. Die Gesundheitsbehörden erachteten deshalb die freie Spritzenabgabe an Drogensüchtige für nötiger denn je.<sup>5</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 10.10.1991  
MARIANNE BENTELI

Im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms «Die Gesundheit des Menschen in seiner heutigen Umwelt» (NFP 26) widmeten sich verschiedene interdisziplinäre Untersuchungen dem Ausmass, den Mechanismen und den Auswirkungen der **gesellschaftlichen Ausgrenzung von HIV-Infizierten und AIDS-Kranken**. Fazit der Studien war, dass dieses Thema nur zusammen mit der wachsenden Intoleranz gegenüber den Randgruppen ganz allgemein angegangen werden kann. Im November 1991 lief eine vom BAG und der Stiftung zur Förderung der Aidsforschung unterstützte Studie zur Frage an, ob bei HIV-Positiven Ausbruch und Verlauf der Krankheit von virusunabhängigen Faktoren beeinflusst werden. Im Zentrum des Interesses stehen zusätzliche Faktoren, welche die Funktionsweise des Immunsystems beeinträchtigen können, wie etwa Stress, Konsum von Drogen oder Alkohol, mangelhafte Ernährung und Rauchen.<sup>6</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 25.11.1991  
MARIANNE BENTELI

Das Schweizerische Rote Kreuz (SRK) und sein Blutspendedienst übernahmen die Mitverantwortung für die rund 200 bis 300 Bluter und Transfusionsempfänger, die durch **HIV-verseuchte Blutkonserven** mit dem Virus angesteckt worden sind. Zusätzlich zum bestehenden Notfall-Fonds wurden Rückstellungen von CHF 1 Mio. für AIDS-Betroffene getätigt. Das SRK betonte, dass sich in der Schweiz im Vergleich zum Ausland bedeutend weniger HIV-Infektionen auf diesem Weg ereignet hätten. Ein Grossteil der Infizierungen sei vor Mitte 1985 erfolgt, zu einem Zeitpunkt also, da noch keine Möglichkeit bestand, sämtliche Blutspenden auf eine eventuelle HIV-Positivität hin zu kontrollieren.<sup>7</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 31.12.1991  
MARIANNE BENTELI

1991 sind in der Schweiz **615 neue Fälle von AIDS-Erkrankungen** registriert worden, ein Drittel mehr als im Vorjahr. Immer häufiger sind auch Heterosexuelle von der Immunschwächekrankheit betroffen. Seit 1983, dem Beginn der Erfassung von AIDS-Erkrankungen, starben 1378 Menschen an den Folgen der HIV-Infektion, davon allein 429 im Berichtsjahr. Aufgrund der gemeldeten positiven Bluttests und der angenommenen Dunkelziffer schätzte das BAG den Anteil der HIV-Positiven an der Gesamtbevölkerung auf zwei bis vier Promille, womit die Schweiz nach wie vor Spitzenreiter in Europa ist.<sup>8</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 23.06.1992  
MARIANNE BENTELI

Die Weltgesundheitsorganisation WHO bezeichnete die **Schweizer AIDS-Prävention als sehr erfolgreich**. Dank intensiver Aufklärung habe sich der Gebrauch von Kondomen stark erhöht, bei den Jugendlichen beispielsweise von 17 auf 73 Prozent. Zudem sei es gelungen, nicht nur die Risikogruppen, sondern auch die breite Bevölkerung anzusprechen. Besonderes Lob erhielt dabei die Stop-Aids-Informationskampagne des BAG und der «Aids Hilfe Schweiz» (AHS). Als weltweit einmalig bezeichneten die Fachleute die fortgesetzte Evaluation aller präventiven Massnahmen, deren Auswertung und Einbezug in neue Kampagnen. Anlass zur Kritik gaben hingegen die föderalistischen Strukturen, welche die Umsetzung der Prävention insbesondere im Bereich der Drogenpolitik teilweise behinderten.<sup>9</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 31.12.1992  
MARIANNE BENTELI

Im Berichtsjahr wurden **651 AIDS-Neuerkrankungen** registriert, 46 mehr als im Jahr zuvor. Zunehmend ist die Zahl der durch heterosexuelle Kontakte infizierten Personen, wobei der Anstieg bei den Frauen besonders markant ist. Nach wie vor bilden Drogensüchtige die am meisten betroffene Gruppe (39.5% aller Erkrankungen), gefolgt von jener der homo- und bisexuellen Männer (38.6%). Gesamthaft gesehen flachte die Zunahme der Fälle 1992 jedoch leicht ab. Der Grund für diese Entwicklung lässt sich gemäss BAG nicht eindeutig feststellen. Sowohl von HIV-Positiven benutzte Medikamente als auch die Informationskampagnen des Bundes könnten eine Rolle gespielt haben. Von 1983 bis zum Ende des Berichtsjahrs erkrankten insgesamt 2'879 Menschen an AIDS; 1'916 sind bereits an der Immunschwächekrankheit verstorben. Seit 1985 meldeten die Laboratorien 17'112 HIV-positive Testergebnisse.<sup>10</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 21.04.1993  
MARIANNE BENTELI

Laut einer **Umfrage** des BAG haben sich bis Herbst 1992 in der Schweiz fast die Hälfte aller Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von 17 bis 45 Jahren einem oder mehreren **AIDS-Tests** unterzogen. Damit liegt der Anteil der getesteten Personen (47%) erheblich höher als in anderen Ländern (Frankreich 22.2%, Grossbritannien 15.3%). Mit 55 Prozent liessen sich die Männer deutlich mehr testen als die Frauen (39%), was unter anderem auf die Tests bei der Blutspende im Militärdienst zurückgeführt wurde.<sup>11</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 30.04.1993  
MARIANNE BENTELI

**Erste Resultate** der Ende des Vorjahres vom SRK angekündigten **«Look-back»-Studie** zur Ermittlung jener Personen, die vor 1985 durch eine verseuchte Blutkonserve mit dem HI-Virus kontaminiert wurden, zeigten, dass von den zwei Millionen Bluttransfusionseinheiten, die den Schweizer Spitälern zwischen 1982 und 1985 ausgeliefert wurden, 303 eventuell HIV-verseucht waren, wobei vorerst unklar blieb, wie viele von ihnen an Patienten abgegeben wurden. Zudem hatte das SRK im gleichen Zeitraum über 80 möglicherweise HIV-infizierte Blutkonserven nach New York, Griechenland und Saudiarabien exportiert. Im Spätsommer 1993 gestand das SRK erstmals ein, noch während zehn Monaten nach der Einführung eines zuverlässigen AIDS-Tests unkontrollierte Blutpräparate abgegeben zu haben. Das SRK schloss nicht aus, dass von den zwischen Juli 1985 und April 1986 ausgelieferten 5800 Fläschchen mit Gerinnungspräparaten unter Umständen rund tausend mit dem HI-Virus kontaminiert gewesen seien. Es begründete sein damaliges Vorgehen mit einem drohenden Versorgungseingpass bei den für Hämophile lebenswichtigen Produkten.<sup>12</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 31.12.1993  
MARIANNE BENTELI

Im Berichtsjahr wurden dem BAG **684 neue AIDS-Fälle** gemeldet. Darunter befanden sich 531 Männer und 153 Frauen. In 240 Fällen handelte es sich um homo- oder bisexuelle Männer (35.1%) und in 293 Fällen um Drogensüchtige (42.8%, davon 198 Männer und 95 Frauen). AIDS ist heute zur zweithäufigsten Todesursache der 25- bis 44jährigen geworden.<sup>13</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 30.03.1994  
MARIANNE BENTELI

Ende März 1994 wurden die **Ergebnisse der «Look-back»-Studie** zur HIV-Infektion publiziert. Demnach haben sich zu Beginn der 1980er Jahre schätzungsweise zwischen 80 und 90 Personen über Bluttransfusionen mit dem AIDS-Virus angesteckt. 52 davon wurden vom «Look-back» erfasst, wobei in 49 Fällen die HIV-Infektion bereits vor der Durchführung der Untersuchung bekannt war. BAG und SRK mussten sich in der Folge den Vorwurf gefallen lassen, die Eruierung erst viel zu spät durchgeführt und so die Weiterverbreitung von AIDS nicht genügend konsequent bekämpft zu haben. Die Studie zeigte bedenkliche Lücken in der Dokumentation von Blutkonserven. Bei 59 von insgesamt 396 potentiell kontaminierten Chargen war der Blutspendedienst des SRK ausserstande zu sagen, an welches Spital sie geliefert worden waren. In einem Fünftel der schliesslich gut 300 in die Studie aufgenommenen Fälle konnte wegen unvollständiger, unauffindbarer oder vernichteter Dokumentation nicht mehr ausgemacht werden, ob und wem das fragliche Plasma transfundiert wurde. Gestützt auf mehrere Anzeigen von Personen, die sich durch Blutprodukten des SRK mit dem HI-Virus angesteckt haben, eröffnete ein Genfer Untersuchungsrichter das Strafverfahren gegen den ehemaligen Leiter des SRK-Zentrallabors.<sup>14</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 29.12.1994  
MARIANNE BENTELI

Die **AIDS-Epidemie** hat in der Schweiz in den letzten zehn Jahren die **Mortalität bei Personen im Alter von 25 bis 44 Jahren** stark beeinflusst. Dies ergab eine vom Bundesamt für Statistik zusammen mit dem BAG durchgeführte Analyse der neun häufigsten Todesursachen. Sowohl bei den Männern wie bei den Frauen im fraglichen Alter hatte AIDS 1982 die neunte und damit letzte Position belegt. 1993 war AIDS bei den Männern nach den Unfällen die zweithäufigste und bei den Frauen nach den Krebserkrankungen und der Selbsttötung die dritthäufigste Todesursache. Mit einer kumulativen Rate von 508.7 AIDS-Fällen pro Million Einwohner nahm die Schweiz Ende 1993 in Europa die zweite Position nach Spanien und vor Frankreich ein. Angesichts dieser Tatsachen unterstrich das BAG die Notwendigkeit, wirksame Massnahmen zur Prävention von HIV-Infektionen langfristig weiterzuführen. Die im Vorjahr lancierte Pilotstudie zu anonymen AIDS-Massentests wurde aus Spargründen vorläufig auf Eis gelegt, da sich Aufwand und Ertrag nicht die Waage hielten.<sup>15</sup>

## Sozialversicherungen

### Sozialversicherungen

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 01.01.2000  
MARIANNE BENTELI

Gemäss OECD und Weltbank ist die Schweiz mit dem heutigen Konzept von obligatorischer Vorsorge in Verbindung mit freiwilliger privater Ersparnisbildung sowie mit den bereits getroffenen Vorkehrungen zu deren Absicherung **gut gerüstet**, um den Herausforderungen der demographischen Alterung der Gesellschaft zu begegnen. Insbesondere die Mischfinanzierung der Alterssicherung (Umlageverfahren in der AHV / Kapitaldeckungsverfahren in der beruflichen Vorsorge), gepaart mit dem Instrument der Ergänzungsleistungen, bildet nach Ansicht der beiden Wirtschaftsorganisationen ein geradezu ideales Modell zur Bekämpfung der Altersarmut, ohne dass dabei der Generationenvertrag und die öffentliche Hand über Gebühr belastet werden.<sup>16</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 31.12.2002  
MARIANNE BENTELI

Die **Börsenkrise** wirkte sich vor allem bei der beruflichen Vorsorge aus, verursachte aber auch den drei Sozialwerken **AHV, IV und EO** im Berichtsjahr einen **Anlageverlust** in der Höhe von 1016 Mio. Fr. Das Vermögen sank um fast 11% auf noch 18,831 Mia. Fr. Ohne diese buchhalterischen Verluste hätten AHV und EO die Jahresrechnung positiv abgeschlossen. Bei der AHV stand ein Aufwand von 29'095 Mio. Fr. Einnahmen von 29'685 Mio. Fr. gegenüber. Der Aufwand war demnach zu 102% durch die Einnahmen gedeckt. Da das Anlageergebnis für die **Jahresrechnung** aber berücksichtigt werden muss, schloss die AHV unter dem Strich mit einem Jahresverlust von 191 Mio. Fr. Im Vorjahr hatte noch ein Plus von 538 Mio. Fr. resultiert. Die EO erzielte bei einem Aufwand von 692 Mio. Fr. Einnahmen von 787 Mio. Fr. Ihr Defizit betrug anlagebedingt 30 Mio. Fr. Auch ohne Kursverluste wäre die IV defizitär geblieben. Sie wendete 9'964 Mio. Fr. auf, nahm aber nur 8'775 Mio. Fr. ein. Die Deckung war demnach nur zu 88% gegeben. Es resultierte ein Verlust von 1'189 Mio. Fr., der um fast 180 Mio. Fr. höher war als 2001. Der Vermögensbestand der AHV war wie immer seit 1979 zu tief. Das Kapital entsprach rund 79% einer Jahresausgabe anstatt der vom Gesetz geforderten Deckung von 100%. Das Vermögen war Ende 2002 zu rund 20% in Schweizer und ausländischen Aktien angelegt und zu 6,1% in Fremdwährungsobligationen.<sup>17</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 18.05.2004  
MARIANNE BENTELI

Wie eine im Auftrag des Nationalfonds erstellte Studie zeigte, hilft der Sozialstaat in der Schweiz den Ärmsten im Lande ziemlich wirksam, insbesondere über die Sozialhilfe. Er bringt aber kaum eine Umverteilung der Einkommen von oben nach unten. Die **geringe Umverteilungswirkung der Sozialversicherungen** führte die Studie darauf zurück, dass die einzelnen Sozialversicherungen gegensätzliche Effekte haben. So mindern die einen Sozialwerke wohl die Einkommensunterschiede, andere dagegen vergrössern sie. Unter dem Strich präsentiert sich die Schweiz damit nicht so sozial, wie viele meinen, kamen die Autoren zum Schluss. Vor allem die Finanzierung des Systems müsse als wenig sozial bezeichnet werden. Die AHV wirkt ausgleichend, weil sie von reich zu arm umverteilt, da die Bezüger hoher Einkommen mehr in den AHV-Topf einzahlen als sie als Pensionierte mit der Maximalrente erhalten. Ähnlich funktioniert auch die IV. Keinen Umverteilungsprozess gibt es hingegen in der beruflichen Vorsorge, da sie trotz Obligatorium einen privatrechtlichen Charakter hat. Wenig sozial ausgestaltet ist auch die obligatorische Krankenversicherung, die über einkommensunabhängige Prämien (Kopfprämien) finanziert wird; korrigiert wird dies allerdings durch die Prämienverbilligungen, die einen gezielten Umverteilungseffekt haben.<sup>18</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 17.08.2007  
MARIANNE BENTELI

Erstmals untersuchte das BFS die Quelle der Gesamteinnahmen der Schweizer Haushalte über einen längeren Zeitraum. Dabei zeigte sich, dass zwischen 1990 und 2004 der Anteil der **Renten aus Sozialversicherungen** markant gestiegen ist, nämlich von 18% auf 27%, am stärksten mit einer Zunahme von jährlich 5,9% die Renten der Pensionskassen. Das BFS begründete dies mit der demografischen Alterung der Bevölkerung. Die Einkommen aus IV-Leistungen wuchsen pro Jahr durchschnittlich um 5,7%, wobei nicht der pro Bezüger ausbezahlte Betrag, sondern die Anzahl der Bezüger zunahm.<sup>19</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 30.12.2015  
ANJA HEIDELBERGER

Die **Gesamtrechnung der Sozialversicherungen (GRSV) 2015** verdeutlicht die Problematik im Bereich der Sozialversicherungen: Während die Einnahmen 2015 um 0.4 Prozent anstiegen, nahmen die Ausgaben um 3.2 Prozent zu. Der Bericht wies die Soziallastquote, also den Anteil aller Sozialversicherungseinnahmen am BIP als Mass der relativen Belastung der Volkswirtschaft durch Sozialversicherungseinnahmen, sowie die Sozialleistungsquote, also den Anteil aller Sozialversicherungsausgaben am BIP als Mass der durch die Empfänger von Sozialleistungen beanspruchten Wirtschaftsleistung, aus. Beide Werte waren im Fünfjahresvergleich angestiegen: die Soziallastquote von 25.2 Prozent (2010) auf 26.9 Prozent (2015) und die Sozialleistungsquote von 19.6 Prozent auf 20.9 Prozent. Während sich dabei das Wachstum der Soziallastquote seit 2013 verringert hatte, verstärkte sich dasjenige der Sozialleistungsquote 2015 nochmals deutlich. Das stärkste Wachstum auf Ausgabenseite wiesen 2015 die Krankenkassen mit über 6 Prozent auf, gefolgt von der ALV mit über 5 Prozent. Weniger starke Anstiege verzeichneten hingegen die AHV- und Pensionskassen-Ausgaben, deren Ausgabenvolumen die grössten Anteile an der Gesamtrechnung ausmachten. Detailliertere Berichte zu den Jahresergebnissen der verschiedenen Sozialversicherungszweige finden sich in den Artikeln zur AHV, IV, EO, ALV sowie zur beruflichen Vorsorge.<sup>20</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 12.07.2016  
ANJA HEIDELBERGER

Im Juli 2016 veröffentlichte das BSV eine Studie zum **Geschlechtergraben bei den Altersrenten**. Demnach erhalten Frauen durchschnittlich fast um CHF 20'000 tiefere Altersrenten als Männer. Der sogenannte Gender Pension Gap (GPG) liegt somit in der Schweiz mit 37 Prozent leicht unter dem EU-Durchschnitt von 40 Prozent. Am niedrigsten zeigt sich das Rentengefälle bei der AHV mit 3 Prozent, während es bei der Pensionskasse gut 60 Prozent beträgt. Als Gründe für diese Unterschiede führt die Studie unter anderem die durch die traditionelle Rollenverteilung bei Ehepaaren und Familien bedingte verringerte Erwerbstätigkeit der Frauen an. Dies zeige sich auch daran, dass die Differenzen zwischen Männern und Frauen bei Verheirateten deutlich grösser sind (47 Prozent) als bei Geschiedenen und Verwitweten (28 Prozent) und bei Ledigen gänzlich verschwinden. Entsprechend nennt die Studie ausreichend erschwingliche Betreuungsplätze für Kinder als Voraussetzung für eine Verringerung des Rentengefälles. Eine weitere Reduktion soll durch verschiedene in der Altersvorsorge 2020 vorgesehene Massnahmen für einen besseren Vorsorgeschutz von Teilzeitbeschäftigten und Personen mit tiefen Löhnen im Rahmen der zweiten Säule erreicht werden. Diese institutionellen Massnahmen reichten gemäss der Studie jedoch nicht aus, um die Unterschiede vollständig auszugleichen. Dies bedürfe tiefgreifender, dem vorherrschenden stereotypen Rollenbild entgegenwirkender Veränderungen.<sup>21</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 30.12.2016  
ANJA HEIDELBERGER

Anders als im Vorjahr, als die Ausgaben der Sozialversicherungen deutlich stärker angestiegen waren als ihre Einnahmen, wuchsen die Einnahmen in der **Gesamtrechnung der Sozialversicherungen (GRSV) 2016** mit 1.3 Prozent leicht stärker an als die Ausgaben mit 1.1 Prozent. Die Einnahmen aller Sozialversicherungen in der Höhe von CHF 177 Mrd. übertrafen zudem die Ausgaben leicht (CHF 159 Mrd.). Insgesamt wiesen die Sozialversicherungen Ende 2016 ein Gesamtkapital von CHF 922 Mrd. oder 140 Prozent des BIP (CHF 659 Mrd.) auf. Die Sozialleistungsquote, also der Anteil aller Sozialversicherungsausgaben am BIP, lag bei 21.2 Prozent und übertraf damit gar den Spitzenwert aus dem Vorjahr. Detailliertere Berichte zu den Jahresergebnissen der verschiedenen Sozialversicherungszweige finden sich in den Artikeln zur AHV, IV, EO, EL, ALV sowie zur beruflichen Vorsorge.<sup>22</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 30.12.2017  
ANJA HEIDELBERGER

**2017** betrug die Einnahmen aller Sozialversicherungen in der **Gesamtrechnung der Sozialversicherungen (GRSV)** CHF 182 Mrd. (2016: 177 Mrd.) und übertrafen damit ihre Ausgaben in der Höhe von CHF 162 Mrd. (2016: 159 Mrd.) um CHF 20 Mrd. Wie im Vorjahr waren zudem die Einnahmen (2017: 3.2%, 2016: 1.3%) stärker angestiegen als die Ausgaben (2017: 1.7%, 2016: 1.1%). Das Gesamtkapital der Sozialversicherungen betrug damit Ende 2017 CHF 998 Mrd. und war somit verglichen mit dem Vorjahr deutlich angewachsen (2016: CHF 922 Mrd.). Die Sozialleistungsquote, die den Anteil aller Sozialversicherungsausgaben am BIP widerspiegelt, kam bei 21.2 Prozent zu liegen. Detailliertere Berichte zu den Jahresergebnissen der verschiedenen Sozialversicherungszweige finden sich in den Artikeln zur AHV, IV, EO, EL, ALV sowie zur beruflichen Vorsorge.<sup>23</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 30.12.2018  
ANJA HEIDELBERGER

Die Einnahmen in der **Gesamtrechnung der Sozialversicherungen (GRSV) 2018** in der Höhe von CHF 184 Mrd. überstiegen deren Ausgaben mit CHF 164 Mrd. deutlich, hatten sich im Vergleich zum Vorjahr jedoch nur leicht verändert (2017: Ausgaben: CHF 162 Mrd., Einnahmen: CHF 182 Mrd.). Übertraf 2017 zudem das Einnahmenwachstum das Ausgabenwachstum, nahmen 2018 die Ausgaben deutlich stärker zu (2018: 1.5%, 2017: 1.7%) als die Einnahmen (2018: 0.6%, 2017: 3.2%). Insgesamt wiesen die Sozialversicherungen Ende 2017 ein Gesamtkapital von CHF 983 Mrd. auf und hatten somit gegenüber dem Vorjahr, als das Gesamtkapital noch CHF 998 Mrd. betrug, an Wert verloren. Der Grossteil dieses Gesamtkapitals, nämlich CHF 865 Mrd., stammte aus der beruflichen Vorsorge (2017: CHF 886 Mrd.). Die Sozialleistungsquote sank zum ersten Mal seit 2012 im Vergleich zum Vorjahr leicht (2018: 20.9%, 2017: 21.2%). Detailliertere Berichte zu den Jahresergebnissen der verschiedenen Sozialversicherungszweige finden sich in den Artikeln zur AHV, IV, EO, EL, ALV sowie zur beruflichen Vorsorge.<sup>24</sup>

### Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 13.09.1989  
MARIANNE BENTELI

Im September wurde bekannt, dass eine vom VPOD eingesetzte Gruppe, in der neben eigenen Experten auch andere linke Organisationen vertreten waren, ebenfalls ein **neues Altersvorsorge-Modell** ausgearbeitet hatte. Nachdem die Arbeitsgruppe zuerst von der Idee einer "Volkspension" ausgegangen war, welche die 2. Säule überflüssig machen würde, liess sie den Gedanken wieder fallen. Dies geschah aus der Einsicht heraus, dass die Pensionskassen bereits zu sehr etabliert seien und – da von der Alterung der Gesellschaft und der Wirtschaftsentwicklung unabhängig – trotz ihrer evidenten Mängel eine gewisse Berechtigung hätten. Doch sollte die AHV derart aufgestockt werden, dass sie nicht mehr nur das Existenzminimum, sondern den eigentlichen Grundbedarf decken würde; die berufliche Vorsorge sollte dementsprechend redimensioniert werden.<sup>25</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 10.07.1991  
MARIANNE BENTELI

Eine **wissenschaftliche Überprüfung der Drei-Säulen-Konzeption der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge**, welche der Bundesrat 1990 bei fünf Experten in Auftrag gegeben hatte, führte zu einer grundsätzlichen Bejahung dieses Prinzips. Die drei Säulen (AHV/IV, BVG und Selbstvorsorge) wurden hingegen unterschiedlich gewichtet. Insbesondere wichen die Vorschläge zum optimalen Finanzierungssystem voneinander ab. Das EDI will nun die Gutachten vertieft auswerten und dem Bundesrat bis im Sommer 1992 einen Bericht zur Drei-Säulen-Konzeption mit Vorschlägen über die Grundsätze der künftigen Gesetzgebung unterbreiten.<sup>26</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 05.11.2019  
ANJA HEIDELBERGER

Anfang November 2019 erschien der **Länderbericht der OECD zur Schweiz**. Darin lobte die Organisation einerseits die Lage der Schweizer Wirtschaft und verwies darauf, dass die Schweiz das dritthöchste BIP pro Kopf aller OECD-Staaten aufweise. Sorge bereitete den Berichtautorinnen und -autoren hingegen unter anderem die Alterung der Bevölkerung: Man müsse die Herausforderungen des demografischen Wandels und der alternden Gesellschaft angehen, wurde betont. Heute ermögliche das Rentensystem zwar noch ein angemessenes Einkommen im Ruhestand, Reformen seien aber nötig, zumal der Bevölkerungsanteil der über 65-Jährigen bald 30 Prozent betragen und damit höher liegen werde als im Durchschnitt der OECD-Staaten. Gefordert wurden im Bericht entsprechend in einem ersten Schritt die Anpassung des Frauenrentenalters an dasjenige der Männer, in einem zweiten Schritt die Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre und schliesslich die Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung. Die berufliche Vorsorge wiederum solle durch eine Senkung des Umwandlungssatzes und durch dessen flexiblere Anpassung per Verordnung reformiert werden. Des Weiteren sei eine Reduktion der Lohnzulagen für ältere Arbeitnehmende nötig, um deren Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen.<sup>27</sup>

## Berufliche Vorsorge

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 22.10.1990  
MARIANNE BENTELI

Auch ohne gesetzliche Verankerung wurden bei der **Lockerung der 'goldenen Fesseln' Erfolge** erzielt. Schätzungsweise rund 300'000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kommen heute bereits in den Genuss der 'vollen' Freizügigkeit. Das sind rund 10% der in der 2. Säule Versicherten. Mindestens 150'000 erhalten bei einem Stellenwechsel von ihrer bisherigen Kasse mehr Geld als ihnen gemäss heute gültiger Regelung mitgegeben werden müsste.<sup>28</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 18.10.1991  
MARIANNE BENTELI

Eine von der **Arbeitsgruppe "Gesetzesevaluation"** des EJPD in Auftrag gegebene **Studie** kam zum Schluss, dass sich in Zeiten wirtschaftlicher Rezession die Schwächen des Gesetzes über die berufliche Vorsorge (BVG) deutlicher bemerkbar machen. Das grösste Problem ist die mangelnde volle Freizügigkeit im überobligatorischen Bereich, welche bewirkt, dass die Arbeitskräfte auf Veränderungen im Markt nicht flexibel genug reagieren, doch bestehen auch gravierende Versicherungslücken für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen mit geringem Lohn sowie für Personen, die aus familiären oder gesundheitlichen Gründen nur einer Teilzeitarbeit nachgehen (Koordinationsabzug).<sup>29</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 18.12.1998  
MARIANNE BENTELI

1997 hatte ein Bericht der Gewerkschaft Bau und Industrie neben der AHV auch im Bereich der Pensionskassen rund 68'000 **"vergessene Konten"** im Umfang von über 400 Mio. Fr. ausgemacht, auf welche vor allem ausländischen Arbeitskräfte Anspruch haben, die nicht bis zu ihrer Pensionierung in der Schweiz arbeiteten. Um dieses Problem zu lösen, beantragte der Bundesrat dem Parlament eine **Änderung des Freizügigkeitsgesetzes** in dem Sinn, dass eine zentrale Meldestelle geschaffen werden soll. Ihr werden die Vorsorgeeinrichtungen jene Personen melden, die sich im Rentenalter befinden und ihre Pensionskassenguthaben noch nicht abgerufen haben. Zusammen mit der Zentralen Ausgleichskasse der AHV wird die Meldestelle versuchen, die Adresse der Berechtigten zu eruieren. Sie wird zudem ein Register jener Versicherten führen, zu denen die Vorsorgeeinrichtungen keinen Kontakt mehr haben. Auf Anfrage kann sie so auch jüngeren Versicherten (ausländischen wie schweizerischen Arbeitnehmern) mitteilen, welche Kasse möglicherweise für sie ein Konto unterhält. Beide Kammern nahmen die Vorlage praktisch diskussionslos an.<sup>30</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 05.12.2005  
MARIANNE BENTELI

Ein Bericht des BSV zur **finanziellen Lage der Pensionskassen Ende 2004** zeigte, dass sich diese leicht verbessert hatte, der Anteil der Vorsorgeeinrichtungen in Unterdeckung allerdings immer noch 10,1% betrug.<sup>31</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 31.12.2010  
SÉBASTIEN SCHNYDER

La force du franc et la chute des cours de la bourse ont eu un impact négatif sur le **rendement des caisses de pension**. L'USS a estimé que 90 milliards de francs ont été perdus depuis la fin 2009. Les caisses de droit public ont affiché un taux de couverture de 83,2% et celles de droit privé de 96,3%. Cette situation a entraîné des discussions sur l'abaissement du taux de conversion et du taux d'intérêt minimal ainsi que sur la manière dont les partenaires des caisses de pension distribuent les excédents. A la fin de l'année, le Conseil fédéral a décidé d'abaisser à 1,5% le taux d'intérêt minimal des avoirs du deuxième pilier suivant la majorité de la Commission fédérale de la prévoyance professionnelle. L'association suisse des assurances a estimé que cela est insuffisant et qu'un taux de 1% est plus adéquat. L'USS a considéré cette baisse inutile souhaitant un taux de 2,25% arguant que le pilier 3a offre des taux de 2 à 3%. Le PS a critiqué la promptitude à baisser les revenus et à ne pas les augmenter lors de conjoncture favorable et a regretté la préservation des marges bénéficiaires des administrateurs des caisses de pension.<sup>32</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 31.12.2012  
FLAVIA CARONI

2012 war unter anderem dank der expansiven Geldpolitik vieler Zentralbanken ein starkes Börsenjahr gewesen, was sich auch auf die Lage der Pensionskassen auswirkte. Diese konnten Anfang des Berichtsjahres auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr mit hohen **Renditen** von durchschnittlich 7,2% zurückblicken. Viele kamen wieder aus der Unterdeckung heraus, in die sie in den zwei vorherigen Jahren geraten waren, zudem sanken die Verwaltungskosten. Allerdings vermochten die guten Anlageergebnisse die Probleme des Systems nicht zu lösen. So wurde bekannt, dass rund 300 der knapp 2'200 Vorsorgeeinrichtungen der Schweiz so genannte „Rentnerkassen“ sind, also

Kassen, bei denen der Anteil Rentner jenen der Aktiven stark übersteigt. Solche Kassen können, geraten sie in Unterdeckung, kaum aus eigener Kraft saniert werden. Eine im Mai publizierte Analyse der neuen Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge zeigte, dass bei über einem Drittel der Einrichtungen ohne Staatsgarantie „eher hohe“ Risiken bestehen, bei rund 4% gar „sehr hohe“. Der Hauptgrund dafür sei der zu hohe vorgeschriebene Umwandlungssatz im obligatorischen Teil der beruflichen Vorsorge. Im überobligatorischen Teil wird dieser von vielen Einrichtungen bereits deutlich unterschritten, um den Deckungsgrad erhalten zu können. Von den Kassen mit Staatsgarantie erreicht nur gut ein Viertel einen Deckungsgrad von 100%, was unter anderem daran liegt, dass das Gesetz bisher für solche Fälle keinen Sanierungszwang vorsieht. Swisscanto, die Anlagegesellschaft der Kantonalbanken, publizierte eine Schätzung, wonach in der zweiten Säule jährlich CHF 600 Mrd. von den Aktiven zu den Rentnern umverteilt werden. Zudem bleibe die Situation auf den Finanzmärkten trotz der boomenden Börse angespannt. Dennoch stellte sich auch das Jahr 2013 für die Pensionskassen als erfolgreiches Anlagejahr heraus, was vor allem den hohen Gewinnen im Geschäft mit Aktien zu verdanken war.<sup>33</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 31.12.2013  
FLAVIA CARONI

Die **Pensionskassen** konnten auf ein gutes **Jahresergebnis 2013** zurückblicken, in dem die durchschnittliche Kapitalrendite rund 6% betrug. Damit konnten sich viele Einrichtungen von den Folgen der Finanzkrise erholen: Hatten im Jahr 2012 noch 41% der Pensionskassen ohne Staatsgarantie ein hohes oder eher hohes Risiko aufgewiesen, waren es Ende 2013 nur noch deren 13%. Der Deckungsgrad der privatrechtlichen Einrichtungen betrug im Schnitt 110%, wobei 93% der Einrichtungen einen Deckungsgrad von mindestens 100% erreichten. Trotzdem verringerte sich die Anzahl an Vorsorgeeinrichtungen weiter: Seit dem Jahr 2006 hat sie um rund 700 auf noch knapp 2'000 abgenommen. Im gleichen Zeitraum war die Anzahl aktiv Versicherter um rund eine halbe Million angestiegen. Die laufenden Konzentrationsprozesse werden auf eine steigende Regulierungslast zurückgeführt, die es für kleine und mittlere Unternehmungen zunehmend unattraktiv macht, eigene Pensionskassen zu führen. Sie schliessen sich in der Folge Sammeleinrichtungen und Verbandslösungen an oder versichern ihre Arbeitnehmenden bei Lebensversicherungen, deren Vollversicherungslösungen sich grosser Beliebtheit erfreuen. Der zu beobachtende Anstieg der Anzahl grosser Einrichtungen bringt einerseits Grössenvorteile, andererseits warnen Fachpersonen vor der Entstehung einer „Too big to fail“-Problematik. Als weiterhin ungelöst wurde das Problem der steigenden Lebenserwartung und der langfristig tiefen Zinsen in Verbindung mit einem zu hohen gesetzlichen Mindestumwandlungssatz thematisiert. Den meisten Kassen drohe mittelfristig eine Unterdeckung, womit Gelder von den aktiven Versicherten umverteilt werden müssten, um die laufenden Renten zu garantieren. Dies steht im Widerspruch zum Kapitaldeckungsprinzip in der zweiten Säule und ist im Gesetz explizit nicht vorgesehen. Im überobligatorischen Teil der beruflichen Vorsorge, der keinen gesetzlichen Mindestumwandlungssatz kennt, wählen die Pensionskassen bereits seit längerer Zeit tiefere Umwandlungssätze.<sup>34</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 31.12.2014  
FLAVIA CARONI

Im Jahr 2014 lag die durchschnittliche **Netto-Vermögensrendite in der beruflichen Vorsorge** bei 6,8% – 0,6 Prozentpunkte über dem Wert des Vorjahres. Dabei zeigte sich, wie auch schon in den Vorjahren, ein deutliches Renditegefälle zwischen kleineren und grösseren Pensionskassen, zugunsten letzterer. Per Ende Jahr wiesen die privatrechtlichen Vorsorgeeinrichtungen und die öffentlich-rechtlichen ohne Staatsgarantie einen Deckungsgrad von im Schnitt 113,5% auf, auch hier hatte sich gegenüber dem Jahr 2013 eine Steigerung ergeben, und zwar um 2,7 Prozentpunkte. Die Anzahl der sich in Unterdeckung befindenden Einrichtungen war von 13% auf noch 10% gesunken. Bei den öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen mit Staatsgarantie war der Deckungsgrad von im Schnitt 80,4% Ende 2013 auf 86,1% Ende 2014 angestiegen.

Das positive Ergebnis darf nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass das Jahr 2014 für die Pensionskassen weiterhin durch das andauernde Tiefzinsumfeld geprägt war, welches im Dezember 2014 in der Einführung von Negativzinsen auf bei der Nationalbank gehaltene Guthaben gipfelte. Bei weiter anhaltenden Tiefzinsen könnten die Deckungsgrade in den nächsten Jahren erneut sinken. Um Renditen in ausreichender Höhe erwirtschaften zu können, sehen sich die Vorsorgeeinrichtungen zunehmend gezwungen, von den kaum mehr verzinsten Obligationen auf Aktien umzusteigen, womit ihr Anlagerisiko ansteigt. Alternativ müssten die Beiträge erhöht oder Leistungskürzungen vorgenommen werden, so die Oberaufsichtskommission

Berufliche Vorsorge (OAK BV). Auch die anhaltende Frankenstärke blieb eine Herausforderung für die Pensionskassen. Erneut wies die Kommission auf das Problem des seit längerer Zeit zu hohen Umwandlungssatzes hin, welcher angesichts der demographischen Alterung nicht mehr den tatsächlichen Gegebenheiten entspricht. Anpassungen seien daher im Zuge der Reform der Altersvorsorge unumgänglich.

Die Anzahl der Rentenbezügerinnen und -bezüger in der zweiten Säule, welche im Jahr 2011 erstmals eine Million überschritten hatte, betrug im Jahr 2014 1,074 Millionen, ein Anstieg um rund 21'000 Personen gegenüber dem Vorjahr. Zwei Drittel der Begünstigten bezogen eine Altersrente, der restliche Drittel eine Witwen- bzw. Witwerrente, Invalidenrente oder Waisen- und Kinderrente.

In der gebundenen Selbstvorsorge der dritten Säule hatten die Guthaben bei Banken und Versicherungen im Jahr 2014 weiterhin zugenommen und beliefen sich nun auf rund CHF 94 Mrd.<sup>35</sup>

#### STUDIEN / STATISTIKEN

DATUM: 15.01.2015  
FLAVIA CARONI

Am 15. Januar 2015 hob die Schweizerische Nationalbank die **Untergrenze des Euro-Franken-Wechselkurses** auf. Dieser Entscheid hatte Folgen für die berufliche Vorsorge: Der auf die Ankündigung folgende Aktienkurszerfall und der Verlust auf Fremdwährungsanlagen wirkte sich unmittelbar auf das Vermögen der Pensionskassen aus. Gemäss der Einschätzung von Experten wurden innerhalb eines Tages Pensionskassenvermögen in der Höhe von rund CHF 30 Mrd. vernichtet. Viele Vorsorgeeinrichtungen hatten sich nur ungenügend gegen das Währungsrisiko abgesichert, und die tiefen Zinsen auf Obligationen hatten sie zur Anlage im riskanteren Bereich der Aktien und Immobilien gezwungen.<sup>36</sup>

#### STUDIEN / STATISTIKEN

DATUM: 31.12.2015  
ANJA HEIDELBERGER

Die **durchschnittliche Nettorendite der Pensionskassen** sank von 6.4 Prozent im Jahr 2014 auf 0.8 Prozent im Jahr **2015**. Dies erklärte der Präsident der Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge (OAK BV), Pierre Triponez, mit dem schwierigen Finanzmarktumfeld und der steigenden Lebenserwartung der Versicherten. Bei risikoarmen Anlagen seien kaum Zinsen oder sogar Negativzinsen zu erwarten, die Renditeerwartungen auf Immobilien hätten sich reduziert und die Aktienmärkte seien volatil und anfällig auf Kursverluste. Besserung sei kurzfristig nicht zu erwarten. Die Vorsorgeeinrichtungen hätten daher den technischen Zinssatz, also den langfristig erwarteten Anlageertrag, reduziert, wodurch unter anderem auch die Deckungsgrade der Pensionskassen gesunken seien: 2015 wiesen die Pensionskassen ohne Staatsgarantien durchschnittlich einen Deckungsgrad von 105.1 Prozent auf (2014: 108.5%), Pensionskassen mit Staatsgarantie verfügten über einen Deckungsgrad von 76.1 Prozent (2014: 77.8%). Zudem steigerte das Finanzmarktumfeld gemäss einer Studie der Beratungsgesellschaft Complementa die Risikobereitschaft der Pensionskassen: Sie investierten trotz geäusselter Vorbehalte stärker in alternative Anlagen, vor allem in Hedge-Funds und Rohwaren, sowie in Aktien.

Mit der Neurentenstatistik (NRS) lagen für das Jahr 2015 zum ersten Mal Informationen zu den Erstbezügern von Pensionskassengeldern vor. So bezogen rund 33'000 Personen zum ersten Mal eine Altersrente aus der beruflichen Vorsorge, während sich 41'000 Personen ihr Alterskapital der zweiten Säule auszahlen liessen. Sowohl beim Rentenbezug als auch bei Kapitalauszahlungen erhielten Männer deutlich höhere Beträge (CHF 3'278 pro Monat respektive CHF 210'000) als Frauen (CHF 1'839 pro Monat respektive CHF 93'000). Dies sei gemäss Bericht des BFS hauptsächlich bedingt durch unterschiedliche Erwerbsbiografien.<sup>37</sup>

#### STUDIEN / STATISTIKEN

DATUM: 02.03.2016  
FLAVIA CARONI

Angesichts der steigenden Lebenserwartung, welche die AHV und die Pensionskassen belastet, und der tieferen Renditen der beruflichen Vorsorge, war die Bedeutung der privaten Altersvorsorge in den vergangenen Jahren angestiegen. Dem steht jedoch eine **geringe Nutzung der dritten Säule** gegenüber. Eine im März 2016 veröffentlichte Studie der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW), für die rund 1000 Personen in der Deutschschweiz befragt worden waren, zeigte, dass lediglich knapp 60% der Bürgerinnen und Bürger sich aktiv um ihre Säule 3a kümmern. Gemäss Aussage der UBS besitzen gar lediglich die Hälfte der Personen im Erwerbsalter ein Konto der Säule 3a, und nur ein Drittel bezahlt den jährlichen Maximalbetrag ein. Der Hauptgrund dafür sei gemäss der ZHAW-Studie das Fehlen entsprechender Mittel. Dazu kommt der Wunsch nach Flexibilität – Gelder in der Säule 3a sind gebunden. Für manche der Befragten erschien die eigene Pensionierung auch schlicht noch zu weit weg. Das

Bewusstsein für das Risiko von Altersarmut sei zu wenig ausgeprägt, so die Forschenden. Eine im Juni publizierte Studie der GfK im Auftrag von Moneypark, für die ebenfalls rund 1000 repräsentativ ausgewählte Personen (Deutsch- und Westschweiz) befragt worden waren, zeigte zudem eine Geschlechterlücke in der privaten Altersvorsorge: Rund zwei Drittel der Männer, aber lediglich 56% der Frauen verfügen demgemäss über eine eigene dritte Säule. Eine Vorsorgelücke drohe bei Frauen, Menschen mit tiefem Einkommen und bei tieferen Bildungsschichten. Als häufigster Grund für das Fehlen einer privaten Altersvorsorge wurde hier fehlendes Wissen darüber genannt, sowie der Umstand, die eigene Immobilie diene als Altersvorsorge.<sup>38</sup>

#### STUDIEN / STATISTIKEN

DATUM: 06.07.2016  
FLAVIA CARONI

Auf den Freizügigkeitskonten von Banken, Versicherungen und der Auffangeinrichtung des Bundes liegen rund fünf Milliarden **kontaktlose Pensionskassenguthaben**, schätzte die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) in einem Bericht im Juli 2016. Diese „vergessenen Guthaben“ entsprechen rund sieben Prozent des gesamten Pensionskassenvermögens. Sie gingen bei einem Stellenwechsel ihrer Besitzerin oder ihres Besitzers ohne sofortigen Eintritt in eine neue Pensionskasse vergessen, wurden bewusst nicht mitgenommen, oder die versicherte Person ist ins Ausland ausgewandert. Meist umfassen sie relativ kleine Beträge. Auch wenn Name und AHV-Nummer der Versicherten bekannt ist, besteht eine Holschuld für die Überweisung oder den Bezug der Gelder. Meldet sich über 30 Jahre niemand, fliessen die Gelder nach dem 100. Geburtstag der versicherten Person dem Sicherheitsfonds BVG zu. Die EFK forderte das Bundesamt für Sozialversicherungen auf, Lücken im Pensionskassensystem zu schliessen und die Versicherten besser über den Umgang mit Vorsorgegeldern zu informieren, damit die Anzahl kontaktloser Guthaben nicht weiter anwächst. Wer nachforschen will, wo ihr oder sein Pensionskassenguthaben ist, wendet sich an die Zentralstelle 2. Säule.<sup>39</sup>

#### STUDIEN / STATISTIKEN

DATUM: 31.12.2016  
ANJA HEIDELBERGER

Trotz eines sehr schwachen Starts der beruflichen Vorsorge ins Jahr 2016 – die Pensionskassen verloren gemäss der Sonntagszeitung aufgrund eines Börsensturzes in sieben Wochen CHF 20 Mrd. – erwirtschafteten die **Pensionskassen 2016** dem Bericht der OAK BV zufolge eine durchschnittliche Netto-Vermögensrendite von 3.7 Prozent, was im Vergleich zum Vorjahr (2015: 0.8%) einen deutlichen Anstieg darstellte. Dies ist insbesondere bemerkenswert, da die liquiden Mittel der Pensionskassen in Höhe von CHF 25 Mrd. zum ersten Mal das ganze Jahr hinweg mit Negativzinsen belastet wurden. Die durchschnittlich ausgewiesenen Deckungsgrade blieben im Vergleich zum Vorjahr stabil bei 103.3 Prozent (2015: 103.0%). Ebenfalls stabil blieb der Anteil der privat- und öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen ohne Staatsgarantie, die eine Unterdeckung aufwiesen (2016: 88%, 2015: 87%), während kaum noch öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen mit Staatsgarantie bestanden. Die Lage der Pensionskassen blieb weiter angespannt. Zwar sank der durchschnittliche technische Zinssatz von 2.66 Prozent (2015) auf 2.43 Prozent (2016), dennoch lagen die durchschnittlichen künftigen Zinsversprechen mit 2.97 Prozent noch deutlich höher, da für eine Anpassung der Zinsversprechen sowohl Massnahmen auf Finanzierungsseite als auch auf Leistungsseite nötig sind.<sup>40</sup>

#### STUDIEN / STATISTIKEN

DATUM: 04.04.2017  
ANJA HEIDELBERGER

Die **Publica**, die Pensionskasse des Bundes, konnte ihren **Gesamtdeckungsgrad 2016** (102.9%) verglichen mit dem Vorjahr (100.1%) steigern. Die Publica ist eine Sammeleinrichtung mit 20 Vorsorgewerken – 13 offenen, also aus Versicherten und Rentenbeziehenden bestehenden, und sieben geschlossenen, ausschliesslich aus Rentnerinnen und Rentnern bestehenden –, von denen per Ende 2016 keine eine Unterdeckung aufwies. Das Anlagevermögen von CHF 38 Mrd., das verglichen mit 2015 ebenfalls um CHF 1.5 Mrd. angestiegen war, erzielte 2016 eine netto Gesamrendite von 5.06 Prozent (2015: -1.93%), was gemäss der Medienmitteilung der Publica vor allem auf rentable Investitionen in Industrie- und Schwellenländern sowie in Schweizer Immobilien zurückzuführen sei. Dennoch beschloss das oberste Führungsorgan der Publica, die Kassenkommission, den technischen Zinssatz bei offenen Vorsorgewerken auf 2 Prozent und bei geschlossenen auf 1.25 Prozent sowie den Umwandlungssatz im Alter von 65 Jahren per 01.01.2019 auf 5.09 Prozent zu senken. Wie dies abgefedert werden soll, würden die paritätisch zusammengesetzten Organe sozialpartnerschaftlich entscheiden müssen.<sup>41</sup>

**2017 war ein gutes Pensionskassenjahr:** Durchschnittlich erzielten die Pensionskassen in diesem Jahr gemäss verschiedenen Schätzungen ungefähr 7.5 Prozent Rendite – einzelne Kassen erreichten gar eine Rendite im zweistelligen Bereich. Dies stelle das viertbeste Ergebnis seit 2000 dar, berichteten die Medien. Und dies just, nachdem im Jahr zuvor unzählige Pensionskassen ihre Umwandlungssätze gesenkt hatten, teilweise gar unter 5 Prozent. Folglich verlangten die Gewerkschaften, dass die Versicherten nun an den höher ausgefallenen Renditen teilhaben sollten, dass also ihre Guthaben deutlich höher verzinst werden sollten als zu dem vom Bundesrat festgelegten Mindestzins von 1 Prozent. Travail.Suisse erklärte eine höhere Verzinsung gar zum Glaubwürdigkeitstest für die Pensionskassen: Da diese immer beteuerten, dass die Zinsen bei höheren Renditen den Mindestzinssatz übersteigen würden, sollten sie dies nun auch beweisen. Ansonsten würde die Akzeptanz der zweiten Säule leiden. Der Arbeitgeberverband verwies jedoch darauf, dass viele Pensionskassen nicht den Spielraum hätten, um die Zinsen zu erhöhen. Entweder hätten sie kaum überobligatorisch Versicherte oder sie seien dabei, Rückstellungen für eine Senkung des Umwandlungssatzes und des technischen Zinses zu tätigen. Die aktiven Versicherten erhielten in der Folge durchschnittlich einen Zins von 1.69 Prozent und lagen damit über dem BVG-Mindestzinssatz von 1 Prozent.

Die Pensionskassen konnten ihren Deckungsgrad per Ende 2017 um 1.5 Prozentpunkte steigern; durchschnittlich lag er nun gemäss dem Willis Towers Watson Pension Index bei 104 Prozent. Ende 2017 waren 30 Kassen ohne Staatsgarantie in Unterdeckung. Insgesamt kam es gemäss OAK BV 2017 zu einer Umverteilung von CHF 6.6 Mrd. von den aktiven Versicherten zu den Rentnerinnen und Rentnern.<sup>42</sup>

Das **Pensionskassenjahr 2018** war vor allem geprägt vom schwachen vierten Quartal an den Aktienmärkten: In den USA etwa stellte der Oktober 2018 den schlechtesten Monat am Aktienmarkt seit der Finanzkrise dar; kaum besser erging es den Börsen in den anderen Ländern. Da die Pensionskassen zudem in den letzten Jahren immer stärker auf Aktien gesetzt hätten – Aktien bildeten mittlerweile die wichtigste Anlageklasse vor den Obligationen –, habe sich diese Flaute besonders stark auf die Renditen der Pensionskassen ausgewirkt, berichteten die Medien. So erzielten privatrechtliche Pensionskassen 2018 eine Rendite von -2.8 Prozent, die öffentlich-rechtlichen Kassen mit Staatsgarantie eine von -2.6 Prozent. Dennoch wurde das Kapital der Versicherten gemäss OAK BV mit 1.46 Prozent höher verzinst als der Bundesrat vorgeschrieben hatte (1%). Der Deckungsgrad der Kassen fiel von 112.2 Prozent auf 106.4 Prozent (privatrechtliche Kassen) sowie von 107.8 Prozent auf 101.5 Prozent (öffentlich-rechtliche Kassen ohne Staatsgarantie). Ende 2018 waren 89 Kassen ohne Staatsgarantie in Unterdeckung, im Vorjahr waren es noch 30 Kassen gewesen. Insgesamt kam es gemäss OAK BV 2018 zu einer Umverteilung von CHF 5.1 Mrd. von den aktiven Versicherten zu den Rentnerinnen und Rentnern im Vergleich zu CHF 6.6 Mrd. im Vorjahr.<sup>43</sup>

## Arbeitslosenversicherung (ALV)

**Im Rahmen der Corona-Krise wurden Kurzarbeitsentschädigungen deutlich häufiger genutzt als jemals zuvor:** Zwischen den Jahren 2000 bis 2019 wurde durchschnittlich 9'451 Personen pro Monat Kurzarbeit zugesprochen, betroffen waren dabei durchschnittlich 56.6 Arbeitsstunden pro Person und Monat. Je nach Jahr schwankten diese Werte jedoch beträchtlich: Im Jahr 2017 bezogen nur durchschnittlich 752 Personen Kurzarbeitsentschädigung; mit Abstand am höchsten war die Anzahl KAE-Beziehende vor Corona im Jahr 2009 mit durchschnittlich 67'197 Personen und 53 Arbeitsstunden pro Person und Monat. In den Monaten Mai und Juni 2009 waren gar über 90'000 Personen à 52 Arbeitsstunden von Kurzarbeit betroffen.

Zwischen Februar und März 2020 stieg die Anzahl Personen mit Kurzarbeit aufgrund der Corona-Massnahmen schlagartig von 4'048 auf 782'436 an (wobei die Zahlen für das Jahr 2020 erst provisorisch sind, da sie auf den Anmeldungen, nicht auf den Abrechnungen basieren). Ihren bisherigen Rekordwert erreichte die Anzahl Personen mit KAE im April 2020, als über eine Million Personen zum Bezug von Kurzarbeitsentschädigungen angemeldet waren (1'077'041 à 84 Arbeitsstunden). Der April markierte nicht nur bezüglich Anzahl angemeldeter Personen, sondern auch bezüglich ausgefallener Arbeitsstunden pro Person einen absoluten Höchstwert. Von Mai bis Juli 2020 liessen diese Werte kontinuierlich nach, im Juli 2020 waren noch 347'638 Personen à 59 Arbeitsstunden angemeldet.<sup>44</sup>

- 1) Bericht vom 9.11.20; Medienmitteilung Bundesrat vom 9.11.20; Zusammenfassung Bericht vom 9.11.20
- 2) Presse vom 2.2.10.
- 3) Presse vom 30.1.91.
- 4) Lit. Harding e.a.; Bulletin des BAG, 1991, S. 10 ff.; BÜZ und Suisse, 23.1.91; Aids Infolhek, 1991, Nr. 3, S. 1 ff. und 20 ff.
- 5) Dritter Evaluationsbericht der Aids-Präventionsstrategie in der Schweiz 1989/90, Bern 1991; Bulletin des BAG, S. 261 ff.; Presse vom 7.5.91., LNN, 8.8.91
- 6) Bund, 19.6.92.; NZZ, 10.10.91; Suisse, 1.12.91.
- 7) Presse vom 25.11.91., Amtl. Bull. NR, 1991, S. 2186 und 2282.
- 8) Bulletin des BAG, 1992, S. 18 ff.; Presse vom 29.1.92., Verhandl. B.vers., 1991, VI, S. 78
- 9) Bund, 23.6.92; Presse vom 18.11.92. Presse vom 26.5.92; TA, 27.5. und 4.7.92; WoZ, 5.6.92; Ww, 18.6.92; NQ, 23.7.92. BÜZ, 27.5.92
- 10) BAG-Bulletin, 1993, S. 18 ff.
- 11) BAG-Bulletin, 1993, S. 262 ff.; Presse vom 21.4.93.
- 12) BZ, 29.1.92; Presse vom 30.4., 15.5., 5.6. und 9.8.93; Ww, 20.5.93; NQ, 26.8.93; NZZ, 23.9.93.
- 13) 24 Heures, 30.10.93; Presse vom 1.2.94.
- 14) Presse vom 30.3.94., Presse vom 10.5.94; NQ, 7.10.94
- 15) BAG-Bulletin, 1994, Nr. 46, S. 785 ff.; Presse vom 29.12.94., NZZ, 19.9.94
- 16) Lit. OECD; Queisser, Monika / Vittas, Dimitri, „Das schweizerische Vorsorgesystem aus der Sicht der Weltbank: Triumph des gesunden Menschenverstands?“, in CHSS, 2000, S. 195 ff. 11
- 17) Presse vom 15.3.2003.
- 18) Künzi und Schärer (2004): Wer zahlt für die soziale Sicherheit und wer profitiert davon? Eine Analyse der Sozialtransfers in der Schweiz; Presse vom 19.5.04.
- 19) Presse vom 17.8.07.
- 20) Gesamtrechnung der Sozialversicherungen 2015
- 21) Medienmitteilung BSV vom 12.7.2016; Schlussbericht Gender Pension Gap; NZZ, 16.6.15
- 22) Gesamtrechnung der Sozialversicherung 2016 2017
- 23) Hauptresultate der Gesamtrechnung der Sozialversicherungen 2017
- 24) Hauptresultate der Gesamtrechnung der Sozialversicherungen 2018
- 25) TA, 27.9.89; SP-VPOD, Nr. 40-41, 5.10., Nr. 44, 2.11., Nr. 49, 7.12. und Nr. 50-52, 14.12.89; Bund, 21.10.89.
- 26) Presse vom 10.7.91.
- 27) OECD Wirtschaftsbericht Schweiz; Blick, NZZ, TA, 5.11.19
- 28) Bund, 22.10.90; BZ, 21.12.90.
- 29) TA und BaZ, 18.10.91.
- 30) AB NR, 1998, S. 2595ff.; AB NR, 1998, S. 2955; AB SR, 1998, S. 1201ff.; AB SR, 1998, S. 1201ff.; AB SR, 1998, S. 1385; AB SR, 1998, S. 1403; Äusserungen des BR: Amtl. Bull. NR, 1998, S. 754 f.; CHSS, 1998, S. 271-272.; TA, 24.8.98; Interpellation Vermot: Amtl. Bull. NR, 1998, S. 1583 ff.; TA, 17.2.98; TG, 30.5.98.
- 31) NZZ, 06.12.2005
- 32) OFAS, Communiqué de presse, 2.11.11 (taux d'intérêt); NF, 24.8.11; LT, 31.8 et 31.10.11; presse du mois de septembre et du 3.11.11.
- 33) APZ, 3.1.13; NZZ, 8.3.13; TA, 8.5.13; AZ, BZ und TA, 16.5.13; LZ, 28.12.13.
- 34) AZ, 22.05.14; AZ, 26.04.14; NZZ, 4.11.14; NZZ, 8.03.14; BZ, 7.5.14
- 35) Bericht finanzielle Lage Vorsorgeeinrichtungen 2014; Sozialversicherungsstatistik 2014; AZ, NZZ, 13.5.15; TA, 20.5.15
- 36) Bericht finanzielle Lage Vorsorgeeinrichtungen 2014; SO, 18.1.15; NZZ, 26.1.15; AZ, 31.1.15
- 37) Bericht OAK BV; Mediendokumentation OAK BV; Medienmitteilung BFS; BaZ, 12.1.15; AZ, 19.2., 13.5.15; NZZ, 12.9., 20.10.15; BaZ, 19.1.16; Lib, TA, TG, 11.5.16; TA, 15.9.16
- 38) Vorsorgestudie der ZHAW; NZZ, 2.3.16; AZ, 12.3.16; NZZ, 21.6.16
- 39) NZZ, TA, TG, 6.7.16; AZ, 9.7.16
- 40) Bericht zur finanziellen Lage der Vorsorgeeinrichtungen; Medienmitteilung OAK-BV vom 9.5.17; Tätigkeitsbericht OAK-BV vom 2.5.17; SoZ, 21.2.16; NZZ, 16.4.16; TA, 21.4.16; LT, 25.4.16
- 41) Geschäftsbericht Publica; Medienmitteilung Publica vom 4.4.17
- 42) Blick, 2.5.17; LZ, 26.7.17; NZZ, 15.12.17, 8.1.18; TA, 18.1.18; TA, 19.1.18; NZZ, 20.1., 7.2., 5.4.18; TA, 12.7., 8.9.18, 22.5.19
- 43) SoZ, 28.10.18; BaZ, 31.12.18; NZZ, 10.1.19; TA, 16.1., 17.1.19; LT, 17.4.19; SGT, 27.4., 4.5.19; NZZ, 10.5., 11.5.19; TA, 15.5., 22.5.19; LT, 26.7., 21.8., 17.12.19
- 44) Abgerechnete Kurzarbeit ab 2000